



An die Medienschaffenden, Bern, 17.11.2010

Sehr geehrte Medienschaffende

Dürfen wir Sie bitten, die folgenden Informationen in Ihrer Berichterstattung aufzunehmen.

Für weitere Informationen stehen Ihnen **Anja Brunner (079 395 62 44)** und **Kristin Hodel (078 827 66 11)** zur Verfügung.

Erfolgreiche Protestkundgebung der Bleiberecht-Kollektive Schweiz und unterstützenden Organisationen vor dem Regionalgefängnis Bern:

Die beiden schwangeren Frauen, die Anfang letzter Woche in Ausschaffungshaft genommen wurden, sind frei gelassen worden. Jedoch droht ihnen Ende dieses Monat eine Zwangsausschaffung mit einem Sonderflug nach Kamerun.

Heute Vormittag haben 60 bis 80 Personen vor dem Regionalgefängnis Bern gegen die drohende Zwangsausschaffung von zwei schwangeren Frauen protestiert. Zahlreiche Organisationen haben diese Kundgebung unterstützt und Stellung bezogen. Eine Auflistung der unterstützenden Organisationen und die abgehaltenen Redebeiträge finden Sie im Anhang.

Marie-Helene E. (5. Schwangerschaftsmonat) und Aimé-Mireille D. (6. Schwangerschaftsmonat) – beide abgewiesene Asylsuchende aus Kamerun – waren über eine Woche lang im Regionalgefängnis Bern in Ausschaffungshaft. Gestern Dienstag wurden sie von der Polizei nach Zürich an den Flughafen gebracht, damit sie ihre sogenannte „freiwillige“ Rückkehr antreten sollten. Die beiden Frauen haben sich gegen diesen ersten Ausschaffungsversuch erfolgreich gewehrt, obwohl sie von den Behörden massiv unter Druck gesetzt wurden. Man setzte sie allerdings darüber in Kenntnis, dass noch innerhalb dieses Monats eine Zwangsausschaffung mit Sonderflug nach Kamerun ansteht.

Nach diesem ersten missglückten Ausschaffungsversuch wurden die zwei Frauen gestern Abend nach Bern zurückgebracht und vorübergehend frei gelassen.

Den zwei schwangeren Frauen droht nun eine Zwangsausschaffung. Die Ausschaffung mit Zwangsmassnahmen bedeutet eine vollumfängliche Fesselung und eine Sichtverwehrung durch einen Helm, der Ähnlichkeiten mit einem Maulkorb aufweist. Erwiesenermassen führen die Umstände einer Zwangsausschaffung zu hohen Stresszuständen und psychischen sowie physischen Belastungen. Dies ist ein unzumutbares Risiko für die Gesundheit von Mutter und Kind!

Weitere Frauen aus Kamerun befinden sich in verschiedenen Gefängnissen in der ganzen Schweiz in Ausschaffungshaft. Damit erhärtet sich der Verdacht auf einen bevorstehenden Sonderflug durch den Frauen aus der ganzen Schweiz zur Rückkehr nach Kamerun gezwungen werden.

Mit der Inhaftierung und der Ausschaffung von schwangeren Frauen erreicht die Schweizerische Asylpraxis einen weiteren Höhepunkt an Skrupellosigkeit und an Menschenverachtung. Die Bleiberecht-Kollektive verurteilen diese Praxis!

Wir sagen NEIN zu Ausschaffungen von schwangeren Frauen! Wir sagen NEIN zu ALLEN Ausschaffungen!

www.bleiberechtbern.ch



Diese Kundgebung wird durch folgende Organisationen unterstützt (Stand 16.11.2010):

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel
Augenauf Bern
BastA! (Mitglied der Grünen Partei Schweiz)
Bleiberecht Kollektive Bern, Lausanne, Basel, Fribourg, Zürich
cfd – die feministische Friedensorganisation
Collectif des Sans-Papiers de La Côte
Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz
FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration
Föderation Irakische Flüchtlinge Schweiz
Frauenhaus Biel
Frauen für den Frieden Schweiz
Grüne Kanton Bern
Junge Alternative JA!
Junge Grüne Bern
Karakök Autonome
Marche mondiale des femmes Schweiz
l'autre syndicat
Regionalkomitee 2xNein zu Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag Bern und Basel
Rosmarie Zapfl Präsidentin AllianceF
Solifonds
Solidarité Sans Frontières
Solidaritätsnetz für Menschen ohne geregelten Aufenthalt Basel
Solidaritätsnetz Sans-Papiers Bern
Solidaritätsnetz Zürich
Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich SPAZ
Unia Schweiz Bereich Migration
Unia Schweiz IG Frauen
Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt
Verein für die Rechte illegalisierter Kinder
Vereinigung unabhängiger Ärztinnen und Ärzte VUA
vpod - Frauenkommission
vpod - Kommission Migration



Stellungnahme der Bleiberecht-Kollektive Schweiz anlässlich der Protestkundgebung vom 17.11.2010 vor dem Regionalgefängnis Bern

Nein zur Zwangsausschaffung von schwangeren Frauen!

Marie-Helene E. (5. Schwangerschaftsmonat) und Aimé-Mireille D. (6. Schwangerschaftsmonat) – beide abgewiesene Asylsuchende aus Kamerun – waren über eine Woche lang im Regionalgefängnis Bern in Ausschaffungshaft. Gestern Dienstag wurden sie von der Polizei nach Zürich an den Flughafen gebracht, damit sie ihre sogenannte „freiwillige“ Rückkehr antreten sollten. Die beiden Frauen haben sich gegen diesen ersten Ausschaffungsversuch erfolgreich gewehrt, obwohl sie von den Behörden massiv unter Druck gesetzt wurden. Sie wurden allerdings darüber in Kenntnis gesetzt, dass noch innerhalb dieses Monats eine Zwangsausschaffung mit Sonderflug nach Kamerun ansteht.

Nach dem missglückten Ausschaffungsversuch wurden die zwei Frauen gestern Abend nach Bern zurückgebracht, wo sie seit gestern Abend frei sind.

Den zwei schwangeren Frauen droht nun eine Zwangsausschaffung. Die Ausschaffung mit Zwangsmassnahmen bedeutet eine vollumfängliche Fesselung und eine Sichtverweh rung durch einen Helm, der Ähnlichkeiten mit einem Maulkorb aufweist. Erwiesenermassen führen die Umstände einer Zwangsausschaffung zu hohen Stresszuständen und psychischen sowie physischen Belastungen. Dies ist ein unzumutbares Risiko für die Gesundheit von Mutter und Kind!

Weitere Frauen aus Kamerun befinden sich in verschiedenen Gefängnissen in der ganzen Schweiz in Ausschaffungshaft. Damit erhärtet sich der Verdacht auf einen bevorstehenden Sonderflug durch den Frauen aus der ganzen Schweiz zur Rückkehr nach Kamerun gezwungen werden.

Mit der Inhaftierung und der Ausschaffung von schwangeren Frauen erreicht die Schweizerische Asylpraxis einen weiteren Höhepunkt an Skrupellosigkeit und an Menschenverachtung. Die Bleiberecht-Kollektive verurteilen diese Praxis!

Wir sagen NEIN zu Ausschaffungen von schwangeren Frauen! Wir sagen NEIN zu ALLEN Ausschaffungen!

www.bleiberechtbern.ch

Gruppe augenauf

Postfach 8026 Zürich

Tel 044 241 11 77

PC 80-700 000-8

Mail info@augenauf.ch



Zürich, den 3. November 2010

Medienmitteilung

Ausschaffungsinitiative: 3 x Nein ! augenauf ist auch gegen die Ausschaffung von nicht-kriminellen AusländerInnen

Die drei Menschenrechtsgruppen augenauf Basel, Bern und Zürich sagen "3 x Nein" zur Ausschaffungsinitiative, zum Gegenvorschlag und zur aktuellen Ausschaffungspraxis generell, denn für augenauf ist jede Ausschaffung eine Ausschaffung zuviel.

Die Ausschaffungsinitiative der SVP will Konventionen und Verträge zum Schutz der Menschenrechte zu Makulatur machen, der Gegenvorschlag der eidgenössischen Räte wirft das Prinzip der Gleichbehandlung der BewohnerInnen der Schweiz über Bord des sonst von genau diesen Kreisen immer wieder gerne angerufenen "Rechtsstaates". Unser drittes Nein gilt der unmenschlichen Praxis, Menschen, deren einziges "Vergehen" darin besteht in der Schweiz nicht willkommen zu sein, unter dem Einsatz äusserster Gewalt und mit menschenverachtenden Methoden auszuschaffen.

Rund um die Debatte über die Initiative und den Gegenvorschlag wird darüber gestritten, welche in der Schweiz verübten Straftaten zwingend zu einer Ausschaffung führen sollen und ob die Garantie von Menschenrechten noch ein bisschen, meistens oder gar nicht mehr gelten soll. Vergessen geht, dass Ausschaffungen bereits heute jährlich für tausende von Flüchtlingen, deren Belege den Kriterien der Berner Asylbürokratie nicht entsprechen, traurige Realität ist. Sie sind nicht kriminell und werden trotzdem ausgeschafft. augenauf spricht sich grundsätzlich gegen jede Ausschaffung aus, denn bei Ausschaffungen werden die Würde und die persönliche Integrität der Menschen systematisch verletzt und Tote in Kauf genommen. augenauf sagt darum 3 x Nein! Denn wir sind auch gegen die Ausschaffung von nicht-kriminellen AusländerInnen.

augenauf Basel, Bern, Zürich, 31.10.2010

Für Rückfragen: Rolf Zopfi 079 772 24 14

E-Mail: zopfi@augenauf.ch



**Solidarité
sans
frontières**

NEUENGASSE 8
3011 BERN
TEL 031 311 07 70
FAX 031 311 07 75
WWW.SOSF.CH

Bern, 16.11.2010

„Ausschaffung“ - das Unwort des Jahres 2010

Kaum ein Begriff wurde dieses Jahr in der politischen und behördlichen Schweiz dermassen oft gebraucht wie das Wort „Ausschaffung“. Ausschaffung von abgewiesenen Asylsuchenden. Ausschaffung von illegal Anwesenden. Ausschaffungshaft. Ausschaffungsinitiative. Ausschaffung von kriminellen Ausländern. Ausschaffung von Ausländern..? Zu viele der Menschen, welche den Begriff „Ausschaffung“ politisch mitzeichnen, haben keinen realen Bezug zu demselben. Er ist für sie physisch nicht greifbar. Er hat kein Gesicht. Deshalb vertechnisieren sie den Begriff. Sie machen ihn messbar. Sie machen ihn emotionslos. Und sie hausieren mit Ziffern zu jährlich von der Schweiz ausgeschafften Menschen, als seien es Gewinnzahlen im Altersheim-Bingo. Vollkommen vergessen geht dabei, dass hinter jeder dieser Ziffern ein Mensch steckt.

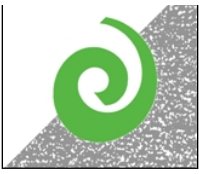
Die Erkenntnis dieser ernüchternden Praxis ist keine fundamental Neue. Doch der zwingende Widerstand gegen dieselbe ist so aktuell, wie schon lange nicht mehr. Auf der nationalen Politbühne streiten sich gestandene Politikerinnen von Rechts bis Links lautstark darüber, welche ihrer beiden Abstimmungsvorlagen noch mehr Menschen konsequent ausschafft. Dabei werden die Grenzen des Zumutbaren allzu oft überschritten. Fremdenfeindliche Slogans werden zunehmend öffentlich salonfähig. Und als Folge zirkuliert der Begriff der „Ausschaffung“ durch die Gesellschaft, als seien Ausschaffungen wie die Hits von Lady Gaga: ein harmloses Übel, das halt dazu gehört. Wir sagen: halt. Falsch. Nein.

Solidarité sans frontières betrachtet diese Haltung als inakzeptabel und wehrt sich dagegen. Ausschaffungen sind weder harmlos noch politisch eine Frage von Taktik. Und sie sollten keinen Anlass zu Zahlenspielerereien liefern. Denn sie betreffen Menschen. Allermeistens keine kriminellen, brutalen Vergewaltiger, welche irgendwelche Greuelthaten begangen hätten. Sondern meistens Menschen, deren einziges Verbrechen darin besteht, die falschen oder keine Papiere zu besitzen: Hier und heute zwei schwangere Frauen.

So sieht die Realität aus, welche zu vielen Verantwortlichen aus dem Gesichtsfeld entrückt ist. Die Ausschaffung dieser beiden Frauen zuzulassen würde bedeuten, dass wir dieser vertechnisierten und verharmlosenden Praxis zustimmen. Doch harmlos sind in diesem Fall zwar die beiden Frauen – mit Sicherheit aber nicht deren Ausschaffung. Im Gegenteil: In Anbetracht deren Schwangerschaft und den damit verbundenen, zusätzlichen medizinischen Risiken bei einer Ausschaffung, beurteilen wir bereits die blosse behördliche Erwägung einer solchen als grob fahrlässig.

Solidarité sans frontières verurteilt deshalb das Vorgehen der Behörden in Bezug auf die beiden kamerunischen Frauen aufs Schärfste. Und wir stellen uns mit aller Vehemenz gegen die tendenziöse Verbagatellisierung von Ausschaffungen im Allgemeinen. Wir erklären deshalb das Wort „Ausschaffung“ zum Unwort des Jahres 2010. Wahlweise darf hinter „Ausschaffung“ noch „sinitiative“ angehängt werden.

Moreno Casasola
Generalsekretär Solidarité sans frontières
Tel.: +41 (0) 31 311 07 70
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch



Message de Solidarité

Solidarité femmes région biennoise apporte son total soutien aux deux femmes enceintes détenues actuellement à la prison de Berne, en attente de leur expulsion, ainsi qu'à tous ceux qui se mobilisent légitimement pour leur libération.

Aucune femme enceinte ne devrait se trouver incarcérée, ni menacée d'expulsion forcée. Toute femme enceinte a le droit inaliénable de trouver protection et soutien, pour elle et l'enfant à naître. Le degré de développement et de civilisation d'une société se mesure aussi à l'attention que celle-ci porte aux femmes, d'autant plus si elles sont enceintes.

Les droits des enfants et leur intégrité doit être une préoccupation essentielle. Et à notre tour, comme le disaient les parents des élèves de Soweto pendant la lutte contre l'apartheid « tous les enfants sont nos enfants », nous voulons transmettre ce message aux autorités. Nous demandons la libération immédiate des deux femmes enceintes incarcérées.

L'emprisonnement administratif est une violation grave des droits humains et doit être aboli, pour les hommes, les femmes et les femmes enceintes.

Claire Magnin
Coordinatrice responsable
Solidarité femmes région biennoise



Rede von Edith Yamaha, Mitglied von Bleiberecht Bern

Mesdames, Messieurs, chers invités

Je vous remercie d'être venu protester ensemble avec nous à cet action contre le rapatriement des femmes enceinte.

Je suis Edith je viens du Cameroun et je suis membre de Bleiberecht Bern. C'est impossible que les autorités Suisse veulent rapatrier des femmes enceinte au Cameroun. Au Cameroun on n'as pas de sécurité, soutien et le système social qui pourra soutenir cette femmes enceinte dans leurs situations sensibles.

Parce qu'elles ont quitté leurs pays d'origine depuis des années, ça veux dire qu'elle n'ont plus de soutien familiale, amical etc.

Cettes femmes vivent depuis des années en Suisse, elle sont intégrées, elles ont aussi des relations sociales et amicales.

Les autorités Suisse veulent les rapatrier sans se demander comment cettes femmes vivront et quelle serait leur sécurité ?

Au Cameroun cettes femmes seront exposées, elle n'auront pas de sécurité et devraient recommencer une nouvelle vie qui ne serras pas facile pour elle.

Et quand cettes femmes retourneront, elles n'auront pas les moyens financiers pour y aller à l'hôpital, se nourrir et s'occuper des besoins de leurs enfants .

Et pour ces enfants ça ne serais pas évident, parce que déjà la maman se trouve dans une situation traumatisante et stressante.

Le collectif bleiberecht trouve le rapatriement des femmes enceintes injuste et inacceptable.

On demande aux autorités Suisse de donner la chance a cettes femmes et enfants la chance d'avoir une vie normale, familiale, dignité et sécurité.